

# NZZ am Sonntag

## Indien

### Modi gibt sich modern und schürt alten Hass

Auf riesigen Plakaten hat der indische Regierungschef Narendra Modi in Davos eben noch für Investitionsmöglichkeiten in seinem Land geworben. Der 67-Jährige liess sich am World Economic Forum als Modernisierer feiern. Derweil breitet sich auf dem Subkontinent eine mittelalterlich anmutende Hetze gegen alles Muslimische aus: Morde, Anschläge und Drohungen sind Alltag geworden. Das ist nicht bloss ein bedauerlicher Zufall. Denn der gleiche Modi, der das wirtschaftlich aufstrebende Indien verkörpert, duldet und schürt auch diese dumpfe religiöse Gewalt. Der Hindu-Nationalist pflegt den Dünkel, das wahre Indien sei hinduistisch. Damit hat er den Hass auf die jahrhundertealte muslimische Gemeinschaft des Landes salonfähig gemacht. Auch die indischen Christen leben nun in Angst. Seine politische Herkunft aus einer hinduistischen Kampfgruppe hat Modi offenkundig nicht abgestreift, wie er vor seiner Wahl zum Premierminister glauben machen wollte. Die Wähler waren damals bereit, beide Augen zuzudrücken, in der Hoffnung, er werde seinen Wirtschaftserfolg als Regierungschef seines Heimatstaats Gujarat aufs ganze Land übertragen. Doch wirtschaftliche Offenheit bedeutet eben nicht immer auch gesellschaftliche Offenheit. Echter Fortschritt wird sich nur in der Verbindung von beidem zeigen - nicht in der Grösse von Plakaten. (vmt.)

## Europapolitik

### Cassis bringt neuen Realitätssinn ins Aussendepartement

Mit etwas viel Brimborium hat Bundesrat Ignazio Cassis den hundertsten Tag im Aussendepartement begangen. Der Tessiner kommunizierte seit dem Amtsantritt nicht immer überzeugend und weckte falsche Erwartungen. Trotzdem ist es positiv, dass das Europadossier in neuen Händen ist. Während sich unter Cassis' Vorgänger der Eindruck verfestigte, dass im Aussendepartement eine versteckte Agenda geführt werde, soll nun nüchtern abgewogen werden: Was ist der Schweiz im Umgang mit der EU nützlich? In welchen Bereichen sind Zugeständnisse möglich, in welchen nicht? Zu begrüssen ist auch, dass der Aussenminister in der Person des EU-Kommissars Hahn endlich einen ständigen Ansprechpartner hat. Damit lassen sich Missverständnisse vermeiden, zu denen es zwischen Bern und Brüssel verschiedentlich kam. Das institutionelle Rahmenabkommen, das die EU abschliessen will, liegt auch im Interesse der Schweiz - sofern Streitfälle beigelegt werden können, ohne dass der Eindruck der Oppression entsteht. Eine Volksabstimmung, in der die SVP mit dem Hinweis auf «fremde Richter» kämpft, ist kaum zu gewinnen. Ignazio Cassis ist sich dessen bewusst. Es ist zu hoffen, dass der neue Realitätssinn im EDA Früchte trägt. (be.)

## Wissenschaft

### Trickser werden belohnt

Gegen Geld veröffentlichen dubiose Fachzeitschriften jede Studie - auch von vielen Schweizer Forschern. Diese verlängern damit ihre Publikationslisten, was wiederum ihre Karrierechancen massiv steigert. Die Forscher stützen so nicht nur ein betrügerisches System, das die Wissenschaft mit schlechten Studien lähmt. Sie hintergehen auch ihre Kollegen, die bei der Wahl der Zeitschriften vorsichtiger sind. Die Zahl der Publikationen hat noch immer einen - zu hohen - Wert, wenn es um die Neubesetzung akademischer Stellen oder den Zuspruch von Fördergeldern geht. Darum muss erst recht geprüft werden, ob Publikationslisten dubiose Journals enthalten. Wer in solchen Zeitschriften publiziert, darf nicht dafür belohnt werden. (mna.)

## Chappatte



## Der externe Standpunkt

### Wie sich Europas Monarchien selbst abschaffen

Royals heiraten zunehmend bürgerlich. Damit verschwindet das Kriterium des Adels - also der einzige Grund dafür, wieso jemand einfach so zu einem Staatsoberhaupt werden soll, **schreibt Bruno S. Frey**

Jede Person - zumindest bei uns - kann heutzutage heiraten, wen immer sie will. Es gibt kaum mehr Klassenschranken, und so können Reiche und Arme, Gebildete und Ungebildete selbstverständlich miteinander die Ehe eingehen.

Diese Freiheit gilt inzwischen auch für Königshäuser und Adelige. Früher wurden Kinder von Monarchen noch von der Thronfolge ausgeschlossen, wenn sie eine nicht ebenbürtige Ehe eingingen. Ebenbürtig war eng definiert. So wurde die Gattin des in Sarajevo ermordeten österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand, Sophie von Hohenberg, am Wiener Hof als zweitklassig behandelt. Sie war nämlich nicht eine Prinzessin, sondern nur eine Gräfin. Eine solche Ehe galt damals als nicht standesgemäss.

Diese Regeln gelten heute zum Glück nicht mehr. Am kommenden 19. Mai wird Prinz Harry Windsor die Bürgerliche Meghan Markle heiraten. Sein älterer Bruder - und voraussichtlicher zukünftiger britischer König - hat ebenfalls einige Jahre zuvor eine Bürgerliche geheiratet. Die Stellung von William und Harry in der Thronfolge ist dadurch nicht verändert worden. Den beiden Prinzen sei ihre Eheentscheidung herzlich gegönnt; sie sollen glücklich sein und bleiben. Auf dieser Ebene besteht keinerlei Problem.

Auf einer anderen, nämlich der *konstitutionellen* Ebene ergibt sich hingegen eine ernsthafte Schwierigkeit. Das englische Königshaus nimmt für sich in Anspruch, automatisch den nächsten König zu stellen. Es geht nicht um Können, Ausbildung, Energie, Tugend oder eine andere erwünschte Eigenschaften, sondern einzig und allein, dass der Thronfolger oder die Thronfolgerin die richtige Herkunft ausweist. Darüber hinaus ist die Amtszeit eines Königs oder einer Königin unbeschränkt, während andere Staatsoberhäupter ihre Stellung nur einige wenige Jahre einnehmen.

In dieser Hinsicht schafft sich das britische Königshaus gerade selber ab. Der voraus-

sichtlich nächste englische König Charles ist hochadelig, denn seine Eltern, Königin Elizabeth und Prinz Philip, gehören beide dem Hochadel an. Bereits der nächste Thronfolger William ist nur zu 50 Prozent adelig, seine Mutter Diana war bürgerlich. Deren Kinder George und Charlotte sind sogar nur zu einem Viertel adelig, denn auch Kate Middleton, die Frau von Prinz William, ist bürgerlich.

Es ist schwer einzusehen, warum eine Person, die kaum mehr Adel aufweist als viele andere Bürger oder Bürgerinnen, *automatisch* Staatsoberhaupt - in diesem Falle König oder Königin - werden sollte. Dies auch noch auf unbeschränkte Zeit.

Das aufgezeigte Problem stellt sich in vielen Monarchien. Der schwedische König Carl XVI. Gustaf heiratete die Bürgerliche Silvia Sommerlath. Die Kronprinzessin Victoria hat mit ihrem bürgerlichen Mann, Daniel Westling, zwei Kinder, Estelle und Oscar. Sie sind demnach - ähnlich wie die

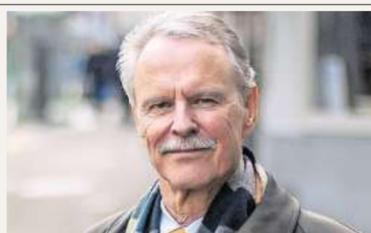
Kinder des übernächsten englischen Thronfolgers William - nur zu 25 Prozent adelig. Ähnlich in Monaco. Fürst Rainier III. heiratete die bürgerliche Schauspielerin Grace Kelly. Der jetzige regierende Fürst Albert II. ist demnach nur halbadelig. Seine zwei Kinder mit der bürgerlichen Sportlerin Charlene Wittstock sind somit nur zu einem Viertel adelig. Auch der spanische König Felipe VI. hat eine ehemalige Journalistin, die Bürgerliche Letizia Ortiz Rocasolano, geheiratet. Die vorgesehene Thronfolgerin ist somit wiederum halbadelig.

Ist das Ganze ein Problem? Wichtig sollte doch nur sein, ob der Posten des Staatsoberhauptes gut ausgefüllt wird. Dies gilt sicher für Königin Elizabeth II., die ihre Aufgaben auf vorzügliche Weise erledigt. Das kann jedoch auch Zufall sein. In der Geschichte gibt es eine Unzahl von Königinnen und Königen, die ihren Völkern grosses Leid zugefügt oder durch Unfähigkeit geblänzt haben.

Man könnte argumentieren, dass die genossene Erziehung entscheidend ist. In einem Adelshaus aufzuwachsen - selbst wenn man kaum mehr adelig ist -, schafft eine gute Grundlage, repräsentative Pflichten gut zu erledigen. Diese Voraussetzung erfüllen jedoch auch viele andere Bürgerinnen und Bürger, die nicht einer adeligen Familie entstammen. Die Fähigkeiten zur Erfüllung von Repräsentationsaufgaben haben zum Beispiel auch Angehörige des Parlamentes, der Regierung oder der Justiz. Wie wäre es denn, aus dieser Gruppe ein Staatsoberhaupt per Zufall auszuwählen? Das wäre mindestens ebenso legitim, wie den Sohn von Prinz William - einen Vierteladeligen - ein ganzes Leben lang automatisch als Staatsoberhaupt vorzusehen.

Wären die Mitglieder von Europas Königshäusern zu bemitleiden, wenn sie in ihren Ländern nicht mehr automatisch Monarchen würden? Kaum, denn sie sind ja schon heute Teil der Celebrities - denen die Medienaufmerksamkeit sicher ist.

#### Bruno S. Frey



Bruno S. Frey, 76, ist emeritierter Ökonomeprofessor der Universität Zürich. Heute lehrt er als ständiger Gastprofessor an der Universität Basel, wo er an der Leitung eines Instituts für Glücksforschung beteiligt ist. 2017 erschien bei Oxford University Press von ihm: «Honours versus Money: The Economics of Awards» (mit Jana Gallus).